

# Kapitel B: Verwicklungen der Republik Armenien im Konflikt um Berg-Karabach

## I. Untersuchungsgegenstand

Der Sezessionsprozess Berg-Karabachs war seit 1988 durch einen hohen Grad an Gewalt gekennzeichnet. Aus den anfänglichen Massendemonstrationen entwickelten sich bürgerkriegsähnliche Zustände, paramilitärische Auseinandersetzungen und, zumindest inoffiziell, eine zwischenstaatliche Konfrontation<sup>1</sup>. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen fanden ihr Ende 1994 durch ein Waffenstillstandsübereinkommen. Der Konflikt gilt seit dem als eingefroren, aber nicht beendet. Noch immer stehen armenische Truppen in Berg-Karabach und in den sieben umliegenden aserbaidshanischen Verwaltungsbezirken und schließen einen Verwaltungszugriff durch Aserbaidschan aus. Offiziell negiert Armenien, selbst Konfliktpartei zu sein<sup>2</sup>. Vielmehr unterstütze es nur die Freiheitsbestrebungen der in Berg-Karabach lebenden Armenier. Dabei taucht jedoch unweigerlich die Frage auf, ob sich Berg-Karabach tatsächlich weitgehend allein gegenüber Aserbaidschan durchsetzen konnte, oder ob es handfeste Verwicklungen Armeniens gab, die möglicherweise aus völkerrechtlicher Perspektive äußerst kritisch zu betrachten sind. Dem ersten Anschein nach mag nur letzteres möglich sein, hielt sich doch die Region Berg-Karabach selbst gegenüber der restlichen Aserbaidschanischen SSR für wirtschaftlich zurückgeblieben. Die Region dürfte kaum in der Lage gewesen sein, einen handfesten Sezessionskrieg zu bestehen, die offiziellen aserbaidshanischen Kräfte zurückzudrängen und ein bis in die heutige Zeit bestehendes Gemeinwesen zu etablieren.

Wie in Kapitel A festgestellt wurde, konnte sich Berg-Karabach nicht als eigenständiger Staat entwickeln und gehört damit anerkanntermaßen immer noch zu Aserbaidschan. Dementsprechend bildete der Konflikt eine interne Angelegenheit der Aserbaidschanischen SSR und später der Republik Aserbaidschan. Eine externe Einmischung in diese Angelegenheit durch eine andere Sowjetrepublik war schon nach dem Sowjetrecht kritisch zu betrachten. Die Aserbaidschanische SSR wurde wie jede Sowjetrepublik nach Art. 76 der Verfassung der UdSSR 1977 als „souveräner“ Sowjetstaat verfasst und konnte zumindest auf der Ebene der Unionsrepubliken die Respektierung ihrer Integrität verlangen. Noch heikler stellen sich aus der Perspektive des Völkerrechts gewalttätige Verwicklungen und die

---

<sup>1</sup> Siehe dazu oben Kapitel A II. 5. und 6.

<sup>2</sup> Vgl. Interview von Spiegel-Online mit dem armenischen Präsidenten Kotscherjan vom 10.07.2007 unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,493351,00.html>; Human Rights Watch, Azerbaijan, Seven Years of Conflict in Nagorno-Karabakh, 1994, S. 67.

Einmischung von Staaten in andere dar. Dazu gehören die militärische Beteiligung eigener Truppen in fremden innerstaatlichen Konflikten und die militärische Besetzung fremder Staatsterritorien genauso wie die militärische, finanzielle und logistische Unterstützung von bewaffneten Gruppen und Aufständischen oder die planmäßige Aufstachelung zu bürgerkriegsähnlichen Akten.

Das Völkerrecht stellt in diesem Kontext zwei fundamentale Verbote auf, die auf den Grundfesten der heutigen Völkerrechtsordnung, und zwar auf der Friedenserhaltungspflicht und dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten, beruhen. Bei diesen Verboten handelt es sich um das Gewaltverbot und das Interventionsverbot. Die Einschlägigkeit dieser Verbote soll im Bezug auf die Republik Armenien nachfolgend geprüft werden (Abschnitte II. und III.). Dabei stellen sich zahlreiche zu klärende Fragen rechtlicher und tatsächlicher Natur. Diese betreffen etwa die vorliegende gesonderte Konstellation der Transformation der involvierten Sowjetrepubliken, eine Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, eine etwaige humanitäre Intervention sowie das Ausmaß der tatsächlichen Involvierung der Armenischen SSR bzw. der Republik Armenien im Berg-Karabach-Konflikt.

Im Mittelpunkt der Betrachtung steht dabei das Handeln der Republik Armenien durch ihre Organe sowie durch Stellen und Personen, die hoheitliche Befugnisse für Armenien ausüben (entsprechend Gewohnheitsrecht und Art. 4 und 5 ILC-Entwurf zur Staatenverantwortlichkeit<sup>3</sup>). Aus gewohnheitsrechtlicher Perspektive ist zwar auch eine Zurechnung des Verhaltens der Karabach-Armenier und deren De-facto-Regierung denkbar<sup>4</sup>, jedoch belegen zumindest die zur Verfügung stehenden Quellen nicht, dass die dafür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind (siehe dazu unten Abschnitt IV).

## **II. Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot**

### **1. Anwendbarkeit des Gewaltverbots**

Das Völkerrecht entfaltet in erster Linie Rechte und Pflichten für die Staaten als die klassischen Völkerrechtssubjekte. Einzelne regionale innerstaatliche Verwaltungskörperschaften wie Unionsrepubliken besitzen keine eigene Völkerrechtssubjektivität<sup>5</sup>. Dies gilt selbst dann, wenn sie bestimmte Befugnisse zum Abschluss internationaler Verträge oder Vertretungsmacht auf völkerrechtlicher Ebene haben. Als einzelne Organisationseinheiten unterliegen sie allein der nationalen Rechtsordnung und nicht dem Völkerrecht.

---

<sup>3</sup> International Law Commission's Draft Articles on the Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts, 2001 (ILC-Entwurf).

<sup>4</sup> Vgl. Art. 8 ILC-Entwurf zur Staatenverantwortlichkeit (2001) und dazu Shaw, *International Law*, 2003, S. 704 f.; Shearer, *Starke's International Law*, 1994, S. 279; Hobe/Kimminich, *Einführung in das Völkerrecht*, 2004, S. 243, Kempen/Hillgruber, *Völkerrecht*, 2007, S. 186 f.

<sup>5</sup> Vgl. etwa Hobe/Kimminich, *Einführung in das Völkerrecht*, 2004, S. 120 f.

Für den Karabach-Konflikt bedeutet dies, dass das völkerrechtliche Gewaltverbot gegenüber der Republik Armenien erst galt, als diese ihre staatliche Unabhängigkeit erlangte. Wie im Fall Aserbaidschans lässt sich über den genauen Zeitpunkt der Unabhängigkeit streiten. Eindeutig war diese Ende Dezember 1991 mit der Auflösung der UdSSR gegeben. Seitdem genoss Armenien nicht nur die Rechte der internationalen Rechtsordnung, sondern unterlag auch deren Pflichten. Entsprechend musste sich das Verhalten der unabhängig gewordenen Republik Armenien ab Ende Dezember 1991 auch am völkerrechtlichen Gewaltverbot messen lassen.

Zuvor unterlag die Armenische SSR allein den verfassungsrechtlichen Bestimmungen der UdSSR. Ins Blickfeld rückt dabei insbesondere Art. 76 der Verfassung der UdSSR 1977, der den Unionsrepubliken ihre Souveränität garantierte. Angesichts der einschneidenden verfassungsmäßigen Machtbefugnisse Moskaus gegenüber den Unionsrepubliken machte diese Bestimmung vor allem im Verhältnis der Unionsrepubliken untereinander Sinn. Demnach dürfte die eigenmächtige Antastung der Souveränität einer Unionsrepublik durch eine andere klar rechtswidrig gewesen sein. Dies muss vor allem auch für ein gewalttätiges Eingreifen oder für die planmäßige Förderung von Gewalt, insbesondere im Kontext der Sezession, in einer anderen Unionsrepublik gegolten haben. Art. 78 der Verfassung der UdSSR unterstrich für den Fall der Sezession, dass diese am Willen der jeweiligen Unionsrepublik gekoppelt ist und insofern dem Bereich der eigenen Souveränität unterliegt<sup>6</sup>.

Für die völkerrechtliche Betrachtung kann jedoch selbst ein verfassungsrechtlich als kritisch oder rechtswidrig einzustufendes Verhalten der Armenischen SSR keine Rolle spielen. Verstöße gegen staatsinterne Souveränitätsgebote können kaum völkerrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen, und zwar unabhängig davon, ob sich im weiteren Verlauf der Geschichte die bezichtigte Verwaltungseinheit von dem Gesamtstaat abgespalten oder nicht. Völkerrechtliche Pflichten entstehen prinzipiell erst auf der Ebene von Völkerrechtssubjekten. Entsprechend soll im Rahmen dieser völkerrechtlichen Betrachtung vor allem das Verhalten der Republik Armenien ab Ende Dezember 1991, d. h. ab Geltung des völkerrechtlichen Gewaltverbots, näher betrachtet werden.

## 2. Verletzung des Gewaltverbots

### a) *Schutzumfang*

Während der Briand-Kellogg-Pakt 1928 nur ein generelles Kriegsverbot vertraglich einführt, stellte die UN-Charta nach dem 2. Weltkrieg zum ersten Mal in der Völkerrechtsgeschichte ein umfängliches Gewaltverbot unter den Staaten auf. So heißt es in Art. 2 Nr. 4 UN-Charta:

„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

---

<sup>6</sup> Siehe dazu oben Kapitel A III. 3.

Dieses Gewaltverbot konkretisiert die generelle Pflicht der Staaten, Frieden zu erhalten und kann mittlerweile als gewohnheitsrechtlich verankert<sup>7</sup> sowie als Bestandteil des zwingenden Völkerrechts (*ius cogens*)<sup>8</sup> angesehen werden. Der Begriff der Gewalt wird in der UN-Charta nicht definiert, womit zunächst Unklarheit darüber herrscht, welche Handlungen das Gewaltverbot umfasst<sup>9</sup>. Aus dem systematischen und teleologischen Kontext der Charta geht jedoch nach herrschender Ansicht hervor, dass Art. 2 Nr. 4 allein Formen militärischer, d. h. bewaffneter Gewalt abdeckt<sup>10</sup>. Das Gewaltverbot untersagt jede Androhung oder Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat gegen einen anderen. Politischer und wirtschaftlicher Druck oder Zwang können dagegen allein dem gewohnheitsrechtlichen Interventionsverbot unterliegen (dazu unten Abschnitt III.). Diese Sichtweise wird nach allgemeiner Meinung durch die *Friendly Relations Declaration* gestützt, welche Formen politischen und wirtschaftlichen Zwangs dem Interventionsverbot zuordnet<sup>11</sup>.

Im Hinblick auf die Auslegung des Gewaltverbots haben sich anhand der Rechtssprechung des Internationalen Gerichtshofs und der Völkerrechtswissenschaft, aber auch anhand der *Friendly Relations Declaration*, klarere Konturen in Form von weitgehend anerkannten Fallgruppen herausgebildet, die dem Gewaltbegriff unterstehen. Im Zusammenhang des Gewaltbegriffs scheint die *Friendly Relations Declaration* eher die Sichtweise der UN-Mitgliedsstaaten wiederzugeben<sup>12</sup> als im Kontext der Sezession<sup>13</sup>. Als vom Gewaltverbot umfasst angesehen werden folgende Konstellationen:

- **Aggressionskrieg und dessen Propagierung:** Als klarste Form der militärischen Gewaltanwendung fällt der Aggressions- bzw. Angriffskrieg unter das Gewaltverbot. Das Verbot des Angriffskrieges setzte sich nach Abschluss des Briand-Kellogg-Paktes 1928 bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges gewohnheitsrechtlich durch<sup>14</sup>. Angesichts der herausstehenden Bedeutung dieses Verbotes für die heutige Völkerrechtsordnung stellt die *Friendly Relations*

<sup>7</sup> Fischer, in: Ipsen, Völkerrecht, 2004, S. 1086; Hobe/Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, 2004, S. 310; Schweisfurth, Völkerrecht, 2006, S. 358.

<sup>8</sup> Heintschel von Heinegg, in: Ipsen, Völkerrecht, 2004, S. 190; Hobe/Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, 2004, S. 310.

<sup>9</sup> Siehe Shaw, International Law, 2003, S. 1019; Schachter, International Law in Theory and Practice, 1991, S. 110 ff.

<sup>10</sup> Randelzhofer, in: Simma (Ed.), The Charter of the United Nations, Art. 2(4), Rn 15 ff.; Schweisfurth, Völkerrecht, 2006, S. 358; Shaw, International Law, 2003, S. 1019; Stein/von Buttlar, Völkerrecht, 2005, S. 293.

<sup>11</sup> Randelzhofer, in: Simma (Ed.), The Charter of the United Nations, Art. 2(4), Rn 18; Schweisfurth, Völkerrecht, 2006, S. 358.

<sup>12</sup> So stellte auch der IGH bei der Erörterung einzelner Fallgruppen des Gewaltverbots auf eine allgemeine Rechtüberzeugung ab, die er in der *Friendly Relations Declaration* als verwirklicht sieht. Siehe ICJ Reports 1986 Ziff. 191. Vgl. auch Brownlie, in: Butler, (Ed.), The Non-Use of Force in International Law, 1989, S. 19; Hobe/Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, 2004, S. 310; Randelzhofer, in: Simma (Ed.), The Charter of the United Nations, Art. 2(4), Rn 25; Schweisfurth, Völkerrecht, 2006, S. 358.

<sup>13</sup> Siehe oben Kapitel A IV. 3 c) aa).

<sup>14</sup> Hobe/Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, 2004, S. 49; Dahm/Delbrück/Wolf- rum, Völkerrecht, Bd. I/3, 2002, S. 821.

*Declaration* klar, dass ebenso die Propaganda für einen Angriffskrieg verboten ist<sup>15</sup>.

- **Sonstige Arten von Waffengewalt:** Das Gewaltverbot erfasst jedoch nicht nur den Krieg, sondern jegliche Formen der Anwendung oder Androhung von militärischer Gewalt. Verboten sind daher sämtliche Formen von Waffengewalt durch einen Staat gegen das Hoheitsgebiet eines anderen, z. B. Bombardierung oder Beschießung<sup>16</sup>.
- **Militärische Besetzung und Aneignung des Gebietes eines anderen Staates infolge der Gewaltanwendung:** Als gewohnheitsrechtlich verankert gilt auch, dass die auf eine illegale Gewaltanwendung folgende militärische Besetzung oder Aneignung bzw. Annexion des Gebietes eines anderen Staates verboten ist<sup>17</sup>. Dies ist insofern folgerichtig, da der Übergang der faktischen Souveränität in derartigen Konstellationen nur durch die weitergehende Androhung oder Anwendung von Waffengewalt aufrechterhalten werden kann. Insofern stellt auch die *Friendly Relations Declaration* klar, dass sowohl die Besetzung als auch die Aneignung fremder Staatsterritorien vom Gewaltverbot erfasst werden und entsprechende Gebietsaneignungen nicht als rechtmäßig anerkannt werden dürfen<sup>18</sup>. Gleiches unterstreicht auch Resolution 42/22 der UN-Generalversammlung<sup>19</sup>.
- **Indirekte Gewaltandrohung und Gewaltanwendung:** Gemäß der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs, der *Friendly Relations Declaration* und der verbreiteten Ansicht in der Völkerrechtswissenschaft fallen ebenso Formen indirekter Gewaltandrohung und Gewaltanwendung unter das Gewaltverbot<sup>20</sup>. Zu den verbotenen Formen zählen die Organisation, die Unterstützung der Organisation und die Entsendung irregulärer Streitkräfte oder bewaffneter Banden einschließlich Söldnern, die das Ziel haben, in das Hoheitsgebiet eines

<sup>15</sup> Friendly Relations Declaration, Grundsatz der Unterlassung unvereinbarer Gewaltandrohung und Gewaltanwendung, Abs. 3. Siehe ebenfalls Schweisfurth, Völkerrecht, 2006, S. 359.

<sup>16</sup> Art. 2 Nr. 4 UN-Charta sowie die Friendly Relations Declaration, Grundsatz der Unterlassung unvereinbarer Gewaltandrohung und Gewaltanwendung, Abs. 1 sprechen insofern von „jeder“ Form der Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung. Siehe auch Fischer, in: Ipsen, Völkerrecht, 2004, S. 1074.

<sup>17</sup> Die Doktrin, nach der insbesondere der gewaltsame Gebietserwerb (Annexion) keine Anerkennung findet, setzte sich in der Staatenpraxis ab 1932 durch, insbesondere im Hinblick auf die Nichtanerkennung der (De-facto-)Annexion der Baltischen Staaten durch die Sowjetunion 1940. Dazu Hobe/Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, 2004, S. 73, 85; Epping/Gloria, in: Ipsen, Völkerrecht, 2004, S. 301; Schweisfurth, Völkerrecht, 2006, S. 291.

<sup>18</sup> Friendly Relations Declaration, Grundsatz der Unterlassung unvereinbarer Gewaltandrohung und Gewaltanwendung, Abs. 10; KSZE-Schlussakte 1975, Korb 1: Sicherheit, 1. (a) IV. Siehe auch Schweisfurth, Völkerrecht, 2006, S. 292 f., 359; Kunig, in: Graf Vitzthum, Völkerrecht, 2004, S. 193.

<sup>19</sup> Declaration on the Enhancement of the Effectiveness of the Principle of Refraining from the Threat or Use of Force in International Relations, 18. November 1987.

<sup>20</sup> Vgl. etwa Randelzhofer, in: Simma (Ed.), The Charter of the United Nations, Art. 2(4), Rn 24; Schachter, International Law in Theory and Practice, 1991, S. 111.

anderen Staates einzufallen<sup>21</sup>. Zu den illegalen Formen der Unterstützung gehören dem IGH nach auch die Bewaffnung und Ausbildung derartiger Truppen oder Banden<sup>22</sup>. Die bloße Finanzierung soll hingegen allein unter das Interventionsverbot fallen. Daneben erfasst das Gewaltverbot die militärische Hilfeleistung für Aufständische<sup>23</sup> sowie die Organisation, Anstachelung und Unterstützung bürgerkriegsähnlicher oder terroristischer Akte in einem anderen Staat bzw. die Teilnahme daran. Das Gleiche gilt für die Duldung organisierter Aktivitäten auf dem eigenen Territorium, die darauf gerichtet sind, solche Akte zu begehen, sofern sie die Androhung oder Anwendung von Gewalt einschließen<sup>24</sup>.

### **b) Tatsachenbewertung**

Inwiefern die Republik Armenien in den Konflikt um Berg-Karabach verwickelt war und ist, und ob darin ein Verstoß gegen das umrissene völkerrechtliche Gewaltverbot liegt, ist eine zu lösende Tatsachenfrage. Deren Beantwortung wird dadurch erschwert, dass Armenien offiziell jede militärische Involvierung verneint<sup>25</sup>. Demnach sollen die Armenier Berg-Karabachs ihre Selbstständigkeit allein errungen und bis in die heutige Zeit ohne internationale Einmischung verteidigt haben<sup>26</sup>. Armenien fühlt sich deshalb nicht als Konfliktpartei<sup>27</sup>. Letztlich kann jedoch eine Involvierung Armeniens im Berg-Karabach-Konflikt nicht in glaubwürdiger Weise abgestritten werden. Der Berg-Karabach-Konflikt ist ein klassisches Beispiel für die militärische Involvierung einer externen Partei in einen internen Konflikt und deren Vorschubleisten eines Sezessionsprozesses.

#### **aa) Zeitraum 1986 bis Mai 1992**

Betrachten wir diesbezüglich die einzelnen Abschnitte des Konfliktes etwas genauer, zunächst den Zeitraum 1986 bis Mai 1992. Die Bemühungen um eine Abspaltung gingen bereits im Jahr 1986 nicht nur von Berg-Karabach selbst aus, sondern weitgehend auch von der armenischen Hauptstadt Jerewan. Auf höchster politischer Ebene wurden hier Netzwerke geschaffen, um die Gebietsübertragung anzustrengen<sup>28</sup>. Im Untergrund wurde für eine Bewaffnung armenischer Aktivis-

<sup>21</sup> Friendly Relations Declaration, Grundsatz der Unterlassung unvereinbarer Gewaltandrohung und Gewaltanwendung, Abs. 8; Randelzhofer, in: Simma (Ed.), The Charter of the United Nations, Art. 2(4), Rn 22; Schweisfurth, Völkerrecht, 2006, S. 359; Hobe/Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, 2004, S. 308; Herdegen, Völkerrecht, 2006, S. 232.

<sup>22</sup> ICJ Reports 1986, 14 ff., Ziff. 228.

<sup>23</sup> Siehe Fischer, in: Ipsen, Völkerrecht, 2004, S. 1078; Stein/von Buttlar, Völkerrecht, 2005, S. 311.

<sup>24</sup> Friendly Relations Declaration, Grundsatz der Unterlassung unvereinbarer Gewaltandrohung und Gewaltanwendung, Abs. 9; Schweisfurth, Völkerrecht, 2006, S. 359.

<sup>25</sup> Vgl. Human Rights Watch, Azerbaijan, Seven Years of Conflict in Nagorno-Karabakh, 1994, S. 67.

<sup>26</sup> Vgl. Interview von Spiegel-Online mit dem armenischen Präsidenten Kotscherjan vom 10.07.2007 unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,493351,00.html>.

<sup>27</sup> Siehe etwa de Waal, Black Garden, 2003, S. 161.

<sup>28</sup> Vgl. de Waal, Black Garden, 2003, S. 15 ff.

ten in Karabach gesorgt<sup>29</sup>. Nach den Angaben Muradians, Angehöriger der staatlichen Planungsagentur in Jerewan und Impulsgeber der Abspaltungsbewegung, standen sämtliche Organisationen in Karabach frühzeitig unter Waffen<sup>30</sup>. Den Nachforschungen de Waals zufolge wurde zudem der Rücktritt des einflussreichen aserbajdschanischen Politikbüromitglieds Aliev mitinszeniert<sup>31</sup>. Im Jahr 1987 folgte die Organisation einer Petition in Armenien und Karabach zur Gebietsübertragung. Im Februar 1988 wurden zehntausende Flugblätter gedruckt und nach Karabach geflogen. Im Anschluss kam es zur Mobilisierung der Massen in Armenien und Karabach und der Zuspitzung des Konfliktes unter beidseitigen Gewalt-handlungen.

Die Verflechtungen zwischen Armenien und Karabach wurden in den Nachfolgejahren noch stärker. So wurde etwa die 1989 von einigen armenischen Dissidenten gegründete „Armenische Nationalbewegung“ in kürzester Zeit die bestimmende Macht in Armenien und Berg-Karabach<sup>32</sup>. Mit Unterstützung der armenischen Nationalbewegung wurden im August 1989 unautorisierte Wahlen in Karabach abgehalten<sup>33</sup>, aus denen letztlich der „Nationale Rat“ hervorging. Die Armenische SSR erkannte den „Nationalen Rat“ als einzige legitime Repräsentationsinstanz der Armenier in Karabach an<sup>34</sup>. Einer der ersten Schritte dieser armenischen Parallelregierung war die Formation armenischer Verteidigungsverbände<sup>35</sup>. Im Dezember 1989 erklärten der Oberste Sowjet der Armenischen SSR und der Nationale Rat Berg-Karabachs gemeinsam die Vereinigung der Region mit der Armenischen SSR<sup>36</sup>.

In den Jahren 1990 und 1991 formten sich verstärkt Rebellengruppen in der Armenischen SSR und in Berg-Karabach<sup>37</sup>. Gorbatschow erließ daraufhin ein vor allem an Armenien gerichtetes Dekret über das Verbot paramilitärischer Kräfte<sup>38</sup>. Die Milizionäre aus Armenien, die ihre Waffen anscheinend von sowjetischen Einheiten kauften oder stahlen, zogen nach Berg-Karabach und verstärkten die dortigen Rebellen- und Söldnergruppen<sup>39</sup>. Dies geschah unter Information und dem Wohlwollen der Führung in Jerewan<sup>40</sup>. Die sich formenden Freiwilligenverbände und paramilitärischen Truppen infiltrierten Berg-Karabach, sprengten Brücken und Bahnabschnitte und nahmen Geiseln<sup>41</sup>. Die armenischen Rebellen unterwanderten armenisch besiedelte Dörfer in den nördlich von Karabach gelege-

<sup>29</sup> Vgl. Auszüge Interview bei de Waal, Black Garden, 2003, S. 18.

<sup>30</sup> De Waal, Black Garden, 2003, S. 18.

<sup>31</sup> Vgl. de Waal, Black Garden, 2003, S. 17.

<sup>32</sup> Avşar, Schwarzer Garten, 2006, S. 137; de Waal, Black Garden, 2003, S. 111.

<sup>33</sup> Avşar, Schwarzer Garten, 2006, S. 137.

<sup>34</sup> Siehe Avşar, Schwarzer Garten, 2006, S. 137; Mammadow/Musayev, Armjano-Aserbajdschanski Konflikt, 2006, S. 58.

<sup>35</sup> Avşar, Schwarzer Garten, 2003, S. 137.

<sup>36</sup> Vgl. Cornell, The Nagorno-Karabakh Conflict, Report No. 46, Department of East European Studies, 1999, S. 23 f.; de Waal, Black Garden, 2003, S. 290.

<sup>37</sup> Vgl. de Waal, Black Garden, 2003, S. 111 f.

<sup>38</sup> Vgl. de Waal, Black Garden, 2003, S. 111.

<sup>39</sup> De Waal, Black Garden, 2003, S. 112, 162 ff..

<sup>40</sup> So de Waal, Black Garden, 2003, S. 112, 180.

<sup>41</sup> De Waal, Black Garden, 2003, S. 112 f., 116.

nen Regionen Khanlar und Shaumian, woraufhin es zu der aserbajdschanischen „Operation Ring“ im Jahr 1991 kam<sup>42</sup>.

Wenngleich die Involvierung Jerewans zumindest bis Ende 1991 nicht unter das völkerrechtliche Gewaltverbot fiel, da Armenien und Aserbaidschan noch keine selbstständigen Völkerrechtssubjekte darstellten, legen die Verbindungen doch ein weitgehendes Fundament offen, auf dem tiefgehende militärische Verwicklungen der Nachfolgejahre fußen.

Zu Beginn des Jahres 1992 kam es zu einem der tragischsten Ereignisse der Auseinandersetzung, der Ermordung zahlreicher Zivilisten in Chodschali/Khojali<sup>43</sup>. Armenische Einheiten töteten nach aserbajdschanischen Angaben 613 Menschen<sup>44</sup>. Andere Quellen gehen von 161, 476 bzw. ebenfalls 613 Toten aus<sup>45</sup>. Internationale Berichte und offizielle Untersuchungen sprechen von teilweise bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten Leichen, toten Frauen und Kindern sowie der Ermordung fliehender Zivilisten<sup>46</sup>.

Aserbaidschan lässt keinen Zweifel daran, dass es sich bei den Tätern um Truppen Armeniens handelte. Die Armenier machen dafür irreguläre Kämpfer und Freiwilligenverbände verantwortlich. Aus der internationalen Berichterstattung ging eine Involvierung Armeniens nicht ganz klar hervor. Teilweise war die Rede von armenischen Truppen und der armenischen Armee<sup>47</sup>, teilweise von irregulären Truppen, den Selbstverteidigungsverbänden Artsachs bzw. Karabachs und der Unterstützung durch das 366. Motorisierte Russische Infanterieregiment<sup>48</sup>. Eine Gesamtbetrachtung des Konfliktes mag eine Beteiligung offizieller Kräfte Armeniens nahelegen, letzte Unklarheiten bleiben dennoch, die hier nicht in befriedigendem Maß ausgeräumt werden können.

Angaben von Human Rights Watch zufolge ist jedoch klar, dass Armenien vom Beginn des Konfliktes an Unterstützung leistete und Waffen lieferte, die sichtlich für den Kampf gegen Aserbaidschan eingesetzt werden sollten<sup>49</sup>. Dies unterstrich auch das erwähnte Dekret von Gorbatschow. Insofern kann durchaus von Indizien ausgegangen werden, die einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot

<sup>42</sup> Siehe dazu auch oben Kapitel A Abschnitt IV. 3. c) bb) (4).

<sup>43</sup> Siehe genauer de Waal, Black Garden, 2003, S. 169 ff.; Avşar, Schwarzer Garten, 2006, S. 152 f.

<sup>44</sup> Vgl. Brief der Ständigen Aserbaidschanischen Vertretung bei der UN an die UN-Menschenrechtskommission vom 23. April 2002 E/CN.4/2002/186.

<sup>45</sup> Siehe Report Human Rights Watch, The Former Soviet Union, 1993; Avşar, Schwarzer Garten, 2006, S. 152 ff. m.w.N.; de Waal, Black Garden, 2003, S. 171.

<sup>46</sup> Vgl. etwa Berichte in The Sunday Times v. 01. und 08.03.1992, The Boston Globe v. 03.03.1992, The New York Times v. 03. und 06.03.1992, The Times v. 02. und 03.03.1992, taz v. 07.03.1992, Frankfurter Rundschau v. 02.03.1992. Siehe dazu auch Avşar, Schwarzer Garten, 2006, S. 152 ff. m.w.N.; de Waal, Black Garden, 2003, S. 169 ff.

<sup>47</sup> Berichte Reuters, 22. Februar 1992; The Washington Times, 2. März 1992.

<sup>48</sup> Vgl. Human Rights Watch, Azerbaijan, Seven Years of Conflict in Nagorno-Karabakh, 5; Avşar, Schwarzer Garten, 152ff.; Berichte The New York Times, 3. März 1992; The Boston Globe, 3. März 1992.

<sup>49</sup> Human Rights Watch, Armenia – Human Rights Development, <http://www.hrw.org/reports/1995/WR95/HELSINKI-01.htm>.



nach den oben aufgeführten Grundsätzen schon in den ersten Monaten des Jahres 1992 nahelegen.

### **bb) Zeitraum Juni 1992 bis Oktober 1993**

Handelte es sich bis Mai 1992 in erster Linie noch um militärische Auseinandersetzungen von Freiwilligenverbänden, Paramilitärs und Söldnern, mit einer mehr oder minder starken Verbindung zur Führung in Jerewan, begann im Juni 1992 mit einer aserbajdschanischen Offensive in Berg-Karabach eine Phase des offenen Krieges. Zuvor begannen die gerade selbstständig gewordenen Republiken Armenien und Aserbaidschan mit einer massiven militärischen Aufrüstung<sup>50</sup>, die nicht nur die Androhung militärischer Gewalt, sondern auch die Planung ihrer Anwendung nahelegte. Damit wurde bereits Monate zuvor klar, dass der Karabach-Konflikt in einen zwischenstaatlichen Krieg münden wird.

Die Aufrüstung geschah durch Übernahme von Waffen und schwerem Gerät der sich aufsplitternden Sowjetarmee, wobei Aserbaidschan von dem Umstand profitierte, dass mehr sowjetische Truppen auf seinem Territorium stationiert waren als in Armenien. Dieser Vorteil wurde durch erhebliche Waffenlieferungen aus Russland an Armenien in den Folgejahren ausgeglichen, wenngleich die Ausmaße der russischen Waffenlieferungen an Armenien nicht ganz klar sind<sup>51</sup>.

Die Juni-Offensive Aserbaidschans war zunächst erfolgreich und gefährdete daher nicht nur die Führung Berg-Karabachs, sondern in massiver Weise auch die Führung Armeniens. Wenn auch die Art der folgenden Intervention in der Jerewaner Führung durchaus umstritten war, ordneten sowohl Präsident Ter-Petrosian als auch Verteidigungsminister Manukian ein Eingreifen des Militärs Armeniens in verschiedenen Operationen auf dem Gebiet Aserbaidschans an<sup>52</sup>. Den Worten des damaligen Verteidigungsministers Armeniens Vazgen Manukian zufolge war sicher, dass die Karabach-Armenier und die Armee Armeniens in militärischen Aktionen vereinigt waren – egal, was die Führung Armeniens sagte<sup>53</sup>. Die Dementis einer militärischen Involvierung Jerewans sollen vor allem für den ausländischen Gebrauch gemacht worden sein.

Entsprechend wurde entgegen dieser Dementis von der militärischen Unterstützung Karabachs durch die Armenische Regierung berichtet<sup>54</sup>. Ganz offensichtlich wurde die militärische Teilnahme Armeniens am Karabach-Konflikt im Rahmen der gegen die Region Kelbajar gerichteten armenischen Offensive im Frühjahr 1993<sup>55</sup>. Kelbajar ist ein außerhalb Berg-Karabachs liegender Distrikt Aserbaidschans, der neben dem Lachin-Korridor Berg-Karabach von Armenien trennt. Es

<sup>50</sup> Vgl. die ausführliche Untersuchung von de Waal, Black Garden, 2003, S. 194 ff.

<sup>51</sup> Ausführlich de Waal, Black Garden, 2003, S. 197 ff.

<sup>52</sup> Quelle: Interview mit Verteidigungsminister Armeniens Manukian vom 03. Oktober 2000, in Teilen abgedruckt bei de Waal, Black Garden, 2003, S. 210, 212. Siehe auch Avşar, Schwarzer Garten, 2006, S. 161.

<sup>53</sup> Quelle: Interview mit Verteidigungsminister Armeniens Manukian vom 03. Oktober 2000, in Teilen abgedruckt bei de Waal, Black Garden, 2003, S. 210.

<sup>54</sup> Siehe Human Rights Watch, Azerbaijan, Seven Years of Conflict in Nagorno-Karabakh, 1994, S. 67 ff.

<sup>55</sup> Ausführlich de Waal, Black Garden, 2003, S. 211 ff.; Human Rights Watch, Azerbaijan, Seven Years of Conflict in Nagorno-Karabakh, 1994, S. 68.

handelte sich schon damals um ein Gebiet mit höchster strategischer Bedeutung. Der Hauptstoß der von armenischen Truppen geführten Kelbajar-Offensive ging dabei von Westen aus, vom Staatsgebiet Armeniens<sup>56</sup>. Eine unterstützende Offensive ging von Osten aus, von Berg-Karabach, wobei auch hier die Armee Armeniens wesentlich durch die Lieferung von Munition militärische Hilfe leistete<sup>57</sup>. Die Befehle für die Teilnahme Armeniens an der Kelbajar-Offensive kamen von höchster Ebene: von Präsident Ter-Petrosian und Verteidigungsminister Manukian<sup>58</sup>. Eine weitere gemeinsame Offensive Armeniens und Berg-Karabachs außerhalb der umstrittenen Region folgte im Oktober gegen Zengelan, dem südlichen Zipfel Aserbaidschans<sup>59</sup>. Human Rights Watch berichtete darüber hinaus von der Involvierung von Polizeikräften Armeniens, die offensichtlich durch die Errichtung von Checkpoints die besetzten Gebiete vor Plünderung schützen sollten<sup>60</sup>.

Die Kelbajar-Offensive brachte den ersten klaren Beweis für eine direkte militärische Involvierung Armeniens in den Konflikt<sup>61</sup>. Sowohl durch die militärische Offensive der armenischen Armee, die nachfolgende Besetzung durch armenische Militär- und Polizeikräfte und die Unterstützung mit militärischer Ausrüstung verstieß Armenien gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot.

### **cc) Zeitraum Oktober 1993 bis Mai 1994**

Angesichts des enormen internationalen Drucks auf Armenien nach der Kelbajar-Offensive und der Wahl eines neuen aserbaidshanischen Präsidenten bot der Herbst 1993 die Gelegenheit für eine friedliche Lösung des Konflikts. Jedoch konnte die Kriegsmaschine aufgrund der im Inneren wirkenden Kräfte auf beiden Seiten nicht gestoppt werden<sup>62</sup>. Den Aussagen des damaligen Sicherheitsberaters des armenischen Präsidenten Ashot Manucharian zufolge war Präsident Ter-Petrosian nach den armenischen Offensiven im Jahr 1993 zunächst strikt gegen jede weitere militärische Aktion, zumindest außerhalb Berg-Karabachs<sup>63</sup>. Jedoch wurde noch im Dezember 1993 die bis Mai 1994 andauernde finale und wohl blutigste Phase des Karabach-Krieges eingeleitet, die vor allem junge, unerfahrene Rekruten traf.

Human Rights Watch und zahlreiche westliche Journalisten sammelten Beweise und Indizien, welche die armenischen Dementis einer militärischen Beteiligung

<sup>56</sup> Siehe de Waal, Black Garden, 2003, S. 212. Human Rights Watch berichtet auch, dass nach den Aussagen zahlreicher Augenzeugen Artilleriefeuer von der westlich gelegenen armenischen Region Vardenis ausging. Human Rights Watch, Azerbaijan, Seven Years of Conflict in Nagorno-Karabakh, 1994, S. 68.

<sup>57</sup> Siehe Human Rights Watch, Azerbaijan, Seven Years of Conflict in Nagorno-Karabakh, 68.

<sup>58</sup> Quelle: Interview mit Verteidigungsminister Armeniens Manukian vom 03. Oktober 2000, in Teilen abgedruckt bei de Waal, Black Garden, 2003, S. 212.

<sup>59</sup> De Waal, Black Garden, 2003, S. 225.

<sup>60</sup> Human Rights Watch, Azerbaijan, Seven Years of Conflict in Nagorno-Karabakh, 1994, S. 70 f.

<sup>61</sup> Vgl. de Waal, Black Garden, 2003, S. 213.

<sup>62</sup> De Waal, Black Garden, 2003, S. 225 ff.

<sup>63</sup> Interview mit Ashot Manucharian vom 15. Oktober 2000 in Teilen abgedruckt bei de Waal, Black Garden, 2003, S. 227.

Der Berg-Karabach-Konflikt

Eine juristische Analyse

Krüger, H.

2009, X, 142 S., Hardcover

ISBN: 978-3-642-01723-0